

Streiken für weniger Arbeit und mehr Urlaub

Gewerkschaft. Nach den Metallern und Eisenbahnern gehen nächste Woche Pfleger und Betreuer in den Warnstreik. Die Gewerkschaft will von der 35-Stunden-Woche nicht abrücken. Das könnte Vorbildwirkung für andere Branchen haben.

VON JEANNINE HIERLÄNDER

Wien. So aufgeheizt, wie es nach außen getragen wird, geht es in Lohnverhandlungen oft gar nicht zu. Auch in der Sozialwirtschaft sprach man zuletzt noch von einem guten Verhandlungsklima. Die Sozialwirtschaft Österreich vertritt 461 private und gemeinnützige Organisationen, die mehr als 100.000 Pfleger, Behindertenbetreuer, Tagesmütter und Sozialarbeiter beschäftigen. Gewerkschaft und Arbeitgeber fordern bessere Arbeitsbedingungen. Aber bei den Details liegt man weit auseinander. Deshalb ging man in der Nacht auf Freitag nach 16 Stunden zum vierten Mal ohne Einigung auseinander. Das einzige Ergebnis ist ein Streik. Nach den Eisenbahnern und den Metallern treten nun also die Pfleger in den Ausstand. Was heißt das für Patienten und Klienten – und wie geht es weiter?

1 Wo, wann und wie lange wird gestreikt?

Die Gewerkschaft hat von Dienstag bis Donnerstag Warnstreiks in mehr als 75 Betrieben angekündigt. Es beteiligen sich unter anderem die Volkshilfe, die Lebenshilfe und die Behindertenhilfe. Der nächste Verhandlungstermin ist der 18. Februar. Gibt es da keine Einigung, soll es weitere Streiks geben. Die Betriebe der Caritas stehen vor ähnlichen Herausforderungen wie die Sozialwirtschaft, aber Streiks wird es keine geben. Die Lohnrunde ist abgeschlossen: Man einigte sich auf ein Lohnplus von 2,5 Prozent plus zwölf Euro Zuschlag.

2 Wie wird sich der Streik auf die Patienten und Klienten auswirken?

Beide Seiten versichern, dass durch den Streik niemand zu Schaden kommen wird. Einen

Notbetrieb werde es überall geben. Der Streik könne bedeuten, dass die Nachmittagsbetreuung in der Schule nicht stattfindet oder das Küchenpersonal in Pflegeheimen so reduziert wird, dass es „Würstel gibt, anstatt fünf Menüs zur Auswahl“, sagt Reinhard Bödenauer, der für die Gewerkschaft der Privatangestellten die Verhandlungen leitet. „Aber es kommt sicher nicht dazu, dass ein Patient oder Klient nicht betreut oder gepflegt wird.“

3 Warum hat die Gewerkschaft den Streik beschlossen?

Zu Beginn hatte die Gewerkschaft eine Lohnerhöhung von sechs Prozent, eine Arbeitszeitverkürzung von 38 auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich und eine sechste Urlaubswoche für alle gefordert. Zuletzt wurde das auf „über drei Prozent“ zurückgeschraubt. Bei den Löhnen hätte man sich einigen können, so die Arbeitgeber, die bis zu drei Prozent boten. Keine Annäherung gab es beim Thema Arbeitszeit. Von der Arbeitszeitverkürzung rückt die Gewerkschaft nicht ab, und die Arbeitgeber verwehren hier jedes Zugeständnis. Das würde Mehrkosten von zehn Prozent bedeuten, argumentiert Verhandlungsführer Walter Marschitz. Schon letztes Jahr eskalierten die Lohnverhandlungen bis zum Warnstreik. Man einigte sich schließlich auf 2,5 Prozent mehr Lohn und einen zusätzlichen Urlaubstag für Beschäftigte, die über fünf Jahre im Betrieb sind. Derzeit bekommt eine diplomierte Pflegekraft als Einstiegsgehalt 2258 Euro brutto für einen Vollzeitjob.

4 Wie argumentiert die Gewerkschaft ihre Forderungen?

Die Arbeitnehmervertreter haben generell ein Problem mit den Arbeitsbedingungen in der Branche.

„Die Beschäftigten verrichten emotionale Schwerstarbeit“, sagt GPA-Chefin Barbara Teiber zur „Presse“. Außerdem hätten sie kaum planbare Freizeit. Regelmäßig müsse man an freien Tagen spontan Dienste übernehmen. Die Bedingungen seien so unattraktiv, dass die Beschäftigten scharenweise davonlaufen würden. Auch die

Arbeitgeber klagen über den Personalmangel, der würde aber durch eine Arbeitszeitverkürzung nur verschärft. Außerdem käme das einer Lohnerhöhung gleich, weil fast 80 Prozent der Beschäftigten schon in Teilzeit arbeiten. Die 35-Stunden-Woche sei auch mehr eine alte Gewerkschaftsforderung als ein Wunsch der Mitarbeiter.



Die Caritas ist von den Streiks nicht betroffen, obwohl die Probleme ähnliche sind. [APA]

5 Warum ist der Gewerkschaft die 35-Stunden-Woche so wichtig?

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) hat sich eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf die Agenda gesetzt. Das führe zu mehr Arbeitszufriedenheit, weniger Krankenständen und mehr Produktivität, heißt es im ÖGB-Grundsatzprogramm. In Dänemark habe die Verkürzung auf 37 Wochenstunden zu einer gerechteren Verteilung der Arbeit zwischen Männern und Frauen geführt. Entsprechend unzufrieden sind die Gewerkschafter mit dem neuen Arbeitszeitgesetz, das zwölf Arbeitsstunden täglich und 60 Stunden wöchentlich erlaubt.

6 Wie viele Menschen in Österreich sind pflegebedürftig?

Die Situation in der Sozialwirtschaft hat sich auch deshalb hochgeschaukelt, weil die Pflege derzeit eines der brisantesten politischen Themen ist. Schon jetzt sind 450.000 Menschen in Österreich pflegebedürftig, bis 2050 sollen es laut Schätzungen 750.000 sein. Die Regierung will die Pflege zu Hause fördern, und da spielen private, gemeinnützige und kirchennahe Organisationen eine bedeutende Rolle – der Staat kann den Bedarf nur bedingt decken. Beschäftigte klagen über Überlastung und Druck. Die Regierung will bis Jahresende ein Pflegekonzept vorlegen.

Auch die Arbeitgeber wollen bessere Arbeitsbedingungen. Die Betriebe sind aber davon abhängig, welche Zuschüsse sie von Ländern und Gemeinden bekommen. Diese Kostensätze würden zwar fast jedes Jahr erhöht, sagt Arbeitgeber-Verhandler Marschitz. „Aber nicht im erforderlichen Ausmaß. Manchmal wird nicht einmal die Inflation abgedeckt.“

Economist